

Der Gentleman aus dem Wallis setzt auf Qualität

Jean-René Germanier präsidiert den Nationalrat

DENISE LACHAT, LAUSANNE

Der neue Vorsitzende Jean-René Germanier wünscht sich einen schlanken Staat und hält wenig von subventionierter Massenware. Lieber sucht er nach Lösungen in der Nische.

Bei der Jury räumen die edlen Tropfen aus der Kellerei Germanier in Vétroz regelmässig ab: Längst hat sich Winzer Jean-René Germanier mit seinen Spezialitäten bei Weinliebhabern einen Namen gemacht. Die vielen Gold- und Silbermedaillen sind der Lohn für den Weitblick eines Unternehmers, der bereits mit 23 Jahren den von Grossvater und Vater aufgebauten Betrieb übernahm. Warum Sohn Jean-René den Umsatz der Firma auf rund 10 Millionen Franken gesteigert hat, während andere aufgeben mussten: Der junge Agronom setzte, als das Wallis im Allergeweltwein schwamm, auf Qualität statt Quantität und baute die Kellerei auf Spezialitäten und Grand Crus um.

POLITIKERFAMILIE. Politik war für den Freisinnigen damals noch eine Nebensache, obwohl ihm diese quasi ins Stammbuch geschrieben worden war. Der Grossvater war Gemeindepräsident von Vétroz, der Vater für die FDP 20 Jahre lang Nationalrat. Doch der Jungunternehmer schaffte wegen der zeitlichen Belastung lediglich ein Mandat im Gemeindeparlament seines Heimatdorfes. Erst vor sieben Jahren stellte er wie einst der Vater seine Koffer im Hotel Schweizerhof ab – reichlich unerfahren und etwas verschüchtert. Schüchtern

wirkt der 52-Jährige heute nicht mehr, diskret und reserviert aber ist er geblieben. Journalistenfragen beantwortet er mit ausgesuchter Höflichkeit, vor die Kameras drängt er sich kaum.

LIBERALES Credo. Dabei hat er auch im Parlament Spezialitäten «gezüchtet»: Nachdem die Landwirtschaft während Jahren im Zentrum seiner Tätigkeiten gestanden hatte, redet Germanier als Mitglied der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen vorab bei der Post, den Flughäfen und der Telekommunikation mit. Seine Vorstösse pochen auf einen haushälterischen Umgang mit Bundesgeldern und reden der Liberalisierung das Wort, das er selbst im Zweifelsfall dann auch hält: Als einziger Walliser Parlamentarier stimmte er für die Marktöffnung bei der Post und stellte so das Interesse der Allgemeinheit der Konsumenten über den Schutz seines Walliser Rand- und Wahlgebiets.

Trotzdem oder gerade deshalb lautet das Credo von Germanier nationaler Zusammenhalt, und er will es als höchster Schweizer ins ganze Land hinaustragen. Der Gentleman aus dem Wallis ist mit einer Künstlerin verheiratet, Vater eines Sohnes und vielleicht einmal Träger einer Auszeichnung der unpolitischen Art. So witzelt er jüngst im «Matin Dimanche», er sei früher eher altväterlich dahergekommen, doch inzwischen wünsche er sich heimlich den Titel des elegantesten Parlamentariers in Bern.



Wachablösung. Pascale Bruderer überlässt Jean-René Germanier die Ratsglocke. Foto Keystone

Die Grünen spielen nun auch mit bei den Grossen

Maya Graf wird in zwei Jahren zur höchsten Schweizerin gewählt

PHILIPP LOSER, Bern

Jahrzehntelang versuchte die grüne Partei erfolglos, einen Nationalratspräsidenten zu stellen. Bis gestern. Mit der Wahl der Sissacher Nationalrätin Maya Graf wird 2013 zum ersten Mal eine Grüne die höchste Schweizerin sein.

Vor der gestrigen Wahl wollte die grüne Nationalrätin aus Sissach nichts sagen, das bringe nur Unglück. Vieles könne geschehen bei so einer Wahl. Eine Niederlage, beispielsweise. So wie vor drei Jahren, als Maya Graf von den Grünen mit einer Kampfkandidatur ein erstes Mal versuchte, ins Präsidium des Nationalrats gewählt zu werden.

In einer emotionalen Rede erinnerte die grüne Fraktionschefin Therese Frösch das Parlament damals an früher. An die Zeit, als die grossen Fraktionen alle zwölf Jahre ihren Anspruch auf das Präsidium zugunsten der Kleinen um ein Jahr zurückstellten. Werde den Grünen mit ihren (damals noch) 20 Sitzen erneut der Anspruch verwehrt, sei dies Ausdruck «arroganter Machtspiele», rapportierte das «St. Galler Tagblatt», «So können wir nicht miteinander kutschieren!» Im Blick hatte Frösch bei ihrer Rede damals in erster Linie die Fraktion der SP, die aber unbeeindruckt blieb. Genau wie der Rest des Parlaments: SP-Nationalrätin Pascale Bruderer (AG) wurde statt Graf ins Präsidium gewählt. Und das deutlich.

Drei Jahre später ist die Situation um einiges spannender. Dieselbe Pascale Bruderer grüsst ein letztes Mal vom Präsidentenstuhl und macht nach einer dankseligen Rede den Platz frei für den walliser FDP-Nationalrat Jean-René Germanier, der mit guten 163 Stimmen vom Parlament zum höchsten Schweizer gewählt wird (vgl. Text links). Hansjörg Walter (SVP, TG), bisher zweiter Vizepräsident, rückt einen Stuhl nach rechts und wird in einem Jahr das Präsidium übernehmen.

VORGESPURTE WAHL. Und dann, eben, die Wahl zum zweiten Vizepräsidenten. Dieses Mal braucht es keine flammende Rede der Fraktionspräsidentin, keinen Appell an die Freunde von der SP. Dieses Mal läuft alles in geordneten Bahnen. Nach den Gesamterneuerungswahlen 2007 hatte die damalige Fraktionschefin Frösch mit den anderen Mitgliedern des Büros einen Kompromiss aushandeln können: Die CVP stellt ihren Anspruch ein Jahr nach hinten und lässt den Grünen den Vorzug. Vor einem Jahr erinnerte Maya Graf, Fröschs Nachfolgerin als Fraktionschefin, die anderen Fraktionen an ihr Versprechen und gestern nun erhielt sie das Resultat dafür: Mit 126 Stimmen wird Graf – nun als offizielle Kandidatin – zur zweiten Vizepräsidentin des Nationalrats gewählt, in zwei Jahren ist sie mit dem Präsidium an der Reihe. Glanzvoll war die Wahl von Graf nicht, aber sie war deutlich: «Es war das ers-



Bereit fürs Amt. Die Grüne Baselbieter Nationalrätin Maya Graf muss sich zwei Jahre gedulden, dann ist sie Vorsitzende des Nationalrates. Foto Roland Schmid

te Mal für den Rat überhaupt. Darum ist das Resultat verständlich. Ich freue mich dennoch sehr über meine Wahl.» Grund für ihr mässiges Resultat: 16 SVP-Parlamentarier rund um Toni Bortoluzzi gaben ihre Stimme aus nicht ganz klaren Gründen ihrer Fraktionskollegin Yvonne Gilli (SG).

Mit der Wahl von Graf wollen die Grünen nun einen Turnus installieren, in dem sie alle zwölf Jahre die höchste Schweizerin/den höchsten Schweizer stellen. Über-

fällig sei dieser Entscheid gewesen, sagte Graf gestern: «Wir sind endlich da angekommen, wo wir auch hingehören.» Es sei eine Anerkennung des Parlaments für die Arbeit der Grünen Fraktion, die seit immerhin 34 Jahren dem Nationalrat angehöre. Gleichzeitig mit ihrer Wahl gibt Graf ihr Amt als Fraktionschefin wieder ab, das sie 2009 übernommen hatte. Ihre Nachfolge wird voraussichtlich in einer Woche geregelt, vier Kandidaten stellen sich zur Verfügung.

Die Schweiz von null auf hundert

Volle Beteiligung an den Bildungsprogrammen der EU ab dem neuen Jahr

MARKUS WÜEST, Solothurn

Seit 2007 laufen in der Europäischen Union die beiden Bildungsprogramme «Lebenslanges Lernen» und «Jugend in Aktion». Ab dem 1. Januar 2011 macht die Schweiz gleichberechtigt mit.

Voll war der Saal im Alten Spital. Vertreterinnen und Vertreter der verschiedensten Bildungsinstitutionen aus dem ganzen Land hatten sich gestern nach Solothurn begeben, um mehr über die Zusammenarbeit mit der EU im Bildungsbereich zu erfahren. Das Spektrum reichte von Repräsentanten der Unis und der Fachhochschulen bis hin zu jenen des Arbeitgeberverbandes Basel, des nationalen Textilverbandes oder der Pfadibewegung.

Die Breite lässt sich mit den beiden Bildungsprogrammen erklären, die bei der EU aktuell laufen: «Jugend in Aktion» ist eher informell. Es soll Jugendlichen die Türen in andere europäische Länder öffnen. Zum Beispiel für Freiwilligeneinsätze oder für Jugendbegegnungen – deshalb hatte unter anderem die Pfadibewegung den Weg ins Alte Spital gefunden.

Das Programm «Lebenslanges Lernen» für alle zwischen 13 und 30 dagegen umfasst Austauschprogramme in verschiedenen Bereichen: Von den Lehrlingen zu den Studenten bis zu den Erwachsenenbildnern – deshalb waren Unis, Fachhochschulen und Berufsverbände nach Solothurn gekommen.

SCHARNIER. Der Treffpunkt hängt mit dem Sitz der nationalen Agentur zusammen, die die Koordination übernimmt: Die ch Stiftung wurde 1967 gegründet. Sie soll die Zusammenarbeit der Kantone fördern. Seitdem sie im April auch den Zuschlag als Scharnier im Bildungsbereich zwischen der Schweiz und der EU zugesprochen erhielt, hat sie an Bedeutung gewonnen.

Neben Christian Wanner, Solothurner Regierungsrat und Präsident der ch Stiftung, richteten auch Mauro Dell'Ambrogio, Staatssekretär für Bildung und Forschung, Elisabeth Baume-Schneider, jurassische Bildungsministerin, und der Brite Gregory Paulger als Vertreter der EU das Wort an die Anwesenden. Alle schilderten bereit die

Chancen, die der Schüler-, Lehrlings- und Studentenaustausch bietet. Wiederholt fielen die Wörter Sprachkompetenz, Mobilität, Flexibilität.

Dell'Ambrogio hob hervor, dass dank dem Austauschprogramm «Erasmus» die Bande zwischen den Unis bereits geknüpft seien, nun aber weitere Kreise einbezogen werden sollen. Wie das aber alles funktionieren wird, ist offen. Das duale Berufsbildungssystem, wie es die Schweiz kennt, ist in Europa weitgehend unbekannt – es zieht aber laut Ursula Renold, Direktorin des Bundesamtes für Berufsbildung und Technologie, zunehmend Interesse auf sich.

Wann Austauschmonate im Ausland für Lehrlinge möglich sind? Man wird sehen. Wie gut es der ch Stiftung gelingen wird, die Scharnierfunktion wahrzunehmen? Es wird sich weisen. Vordringlich wird sein, die Austauschprogramme rasch bekannt zu machen. Gregory Paulger sagte: «Was andere Länder mit zwei Jahren Vorlaufzeit aufgleisten, realisiert die Schweiz in ein paar Monaten. Es ist ein Start von null auf hundert.» > www.ch-go.ch

nachrichten

Ständerat lehnt Register für Sexualstraftäter ab

BERN. In der Schweiz wird es neben dem Strafregister und anderen Dateien kein spezielles Register für vorbestrafte Pädophile, Sexual- und schwere Gewalttäter geben. Der Ständerat hat gestern eine Motion und eine parlamentarische Initiative abgelehnt. Es überwogen die Bedenken, dass der Aufwand für derartige Spezialregister den Nutzen bei Weitem übersteige. Die heutigen Datenbanken genügen. SDA

Ständerat will härte Strafen für Hacker

BERN. Der Ständerat will die Strafbestimmungen für Hacker verschärfen. Entsprechende Anpassungen im Strafgesetz sind nötig, weil der Bundesrat die Konvention des Europarats über Cyberkriminalität ratifizieren will. Der Ratifizierung stimmte die kleine Kammer gestern mit 33 zu 0 Stimmen zu. Die Schweiz erfüllt die Anforderungen des Übereinkommens bereits weitgehend. Lediglich in wenigen Punkten sind Anpassungen des hiesigen Rechts nötig. Die Vorlage geht nun an den Nationalrat. SDA

Mehr Zeit für Umsetzung des Anlegerschutzes

BERN. Der Nationalrat hat gestern die Geltung der dringlichen Massnahmen zum Schutz von Bankguthaben bis Ende 2012 verlängert. Er folgte oppositionslos dem Ständerat. Das Dringlichkeitsrecht war ursprünglich bis Ende 2010 befristet. Als Reaktion auf die Finanzkrise hatte das Parlament Ende 2008 im Eilverfahren beschlossen, den Einlegerschutz im Falle von Bankenpleiten von bisher 30 000 auf 100 000 Franken zu erhöhen. Diese Änderung des Bankengesetzes soll ins Dauerrecht überführt werden. SDA

Nationalität von Tätern muss erwähnt werden

SANKT GALLEN. Im Kanton St. Gallen müssen Polizei und Justizbehörden in ihren Meldungen künftig die Nationalität von Tätern und Tatverdächtigen nennen. Der Kantonsrat stimmte einer Initiative der Jung-SVP gestern überraschend mit 83 zu 26 Stimmen zu. Damit kommt die Ende 2009 eingereichte Volksinitiative «Sicherheit und Transparenz» nicht vors Volk, sondern sie wird direkt umgesetzt. SDA